

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 2 / 2018

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Neues aus dem Wahlkreis

CDU-Ludwigsfelde wählt neuen Vorstand – Detlef Helgert als Vorsitzender wiedergewählt

Ludwigsfelde. Der CDU-Ortsverband Ludwigsfelde wählte am Mittwochabend im Rahmen einer Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand. Der alte und neue Vorsitzende des Stadtverbandes heißt Detlef Helgert, der alle Stimmen der anwesenden Mitglieder auf sich vereinen konnte. Die Mitgliederversammlung, die vom CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum geleitet wurde, wählte weiterhin den CDU-Stadtverordneten Martino Persky und den Unternehmer Bodo Zühlke zu seinen neuen stellvertretenden Stadtverbandsvorsitzenden. Dem neuen CDU-Ortsvorstand gehören des Weiteren als Schatzmeisterin die Vorsitzende der CDU-Stadtverbandsfraktion Rosemarie Kleinfeld, als Schriftführer Patrick Nelte und als Beisitzer Christina Harbusch, sowie Joachim Lichtblau an. Alle Kandidaten wurden ohne Gegenstimmen gewählt.

Detlef Helgert freute sich über das ihm zuteil gewordene Vertrauen der Mitglieder und sieht das Ergebnis auch als Bestätigung seines Kurses, dass die CDU vor Ort auch als Opposition im Stadtparlament gute Arbeit für die Menschen in Ludwigsfelde leistet. Dazu Detlef Helgert: „Ich bedanke mich für die Wahl und das entgegengebrachte Vertrauen meiner Mitglieder. Es zeigt, dass wir als Vorstand die Interessen unserer Mitglieder vertreten und in Ludwigsfelde eine starke Einheit sind. Wir als CDU werden auch in den nächsten Jahren offen



für alle Dinge sein, die Ludwigsfelde als Stadt und Wirtschaftsstandort vorantreiben und mit Kraft an die Kommunalwahlen im nächsten Jahr gehen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Vorstand und werde alles daran setzen Ludwigsfelde weiter zukunftsfähig zu machen.“

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum freute sich über das gute Wahlergebnis und die gute Stimmung an der CDU-Basis in Ludwigsfelde. „Die CDU-Ludwigsfelde ist ein seit Jahren gut eingespieltes Team. Man spürt, dass in diesem Ortsverband Vorstand und Mitglieder Hand in Hand arbeiten und ein vertrauensvolles politisches Miteinander herrscht.“

Zur Wahl Detlef Helgerts als alten und neuen Vorsitzenden der Ludwigsfelder CDU sagt Eichelbaum: „Detlef Helgert ist der richtige Mann am richtigen Ort! Er macht seit Jahren im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung eine sachorientierte Arbeit für Ludwigsfelde. Ich freue mich auf den Kommunalwahlkampf im nächsten Jahr mit dieser schlagfertigen Truppe!“, so der Ludwigsfelder CDU-Landtagsabgeordnete.

Quelle: Blickpunkt Brandenburg Online, 07.06.2018



16.06.2018 Verabschiedung von Carl Ahlgrimm als Bürgermeister von Großbeeren

14.06.2018 Bürgerstammtisch in Lüdersdorf



13.06.2018 Radtour mit CDU-Landeschef Ingo Senftleben und Trebbins Bürgermeister Thomas Berger von Trebbin über Löwendorf nach Schönhagen zum Zustand der Radwege

06.06.2018 Ludwigsfelder Kaffeeklatsch in Mietgendorf



Gruppenfoto für den Radweg - Seit Jahren kämpfen die Gröbener für einen Radweg nach Ludwigsfelde. Mit Großplakaten wollen sie jetzt Druck machen, am Sonnabend entstanden die Fotos dafür

Mit Roller und Kinderwagen, Anfänger-Minis mit Stützrädern, Trekkingbike, per altem Drahtesel oder einfach zu Fuß trafen sich Gröbener und ihre Freunde am Samstag zu einem Fototermin am Gemeindehaus. Unter dem Motto „349 gute Gründe für unseren Radweg“ starteten sie die nächste Aktion ihrer Initiative und ließen sich für ein Gruppenfoto ablichten. Mit Hilfe des Profi-Fotografen Petja Gohr entstand ein Bild von großen und kleinen Dörflern sowie deren Unterstützern, das demnächst in Großformat an der Landstraße zwischen Siethen und Gröben von den Forderungen künden soll. 349 steht dabei übrigens für die Einwohnerzahl des Ortes zum Jahreswechsel.



Gröben will Radweg nach Ludwigsfelde seit zwei Jahrzehnten

„Seit mehr als zwei Jahrzehnten kämpfen die Gröbener dafür, sicher mit dem Rad nach Ludwigsfelde zu gelangen“, sagte Ortsvorsteher Martino Persky. Insbesondere zu Stoßzeiten werde der Weg entlang der Kreis- und Landesstraße für Kinder und Erwachsene zum gefährlichen Abenteuerparcours. „Mit der Fotoaktion wollen erneut auf uns aufmerksam machen und unserem Anliegen ein Gesicht geben“, so Persky. Sogar Politiker, wie die Landtagsabgeordneten Helmut Barthel (SPD) und Danny Eichelbaum (CDU), Kreistagsabgeordneter Dirk Steinhausen (CDU), Bürgermeister Andreas Igel (SPD) und Ludwigsfelder Stadtverordnete von Linken, SPD und CDU waren gekommen, um den Gröbener Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Stadt treibt Planung voran

Dabei zeichne sich ein Lichtstreif am Horizont ab, wie Martino Persky betonte. Wengleich die Stadt nicht Bauträger ist, habe sie ein Budget zur Planung für eine Radwegeanbindung an die Fläming Skate mit Streckenführung über die Ortsteile in den Haushalt eingestellt. „Obwohl es eigentlich nicht unsere Aufgabe ist, treiben wir die Planungen voran und stehen nun kurz vor dem Abschluss. Wenn Fördermittel kommen, sind wir bereit“, so Bürgermeister Igel. Und so sollen die Planungen für das Trassenkonzept in den nächsten Wochen vorgestellt werden. Persky ergänzt: „Aber auch wenn der Plan für die Streckenführung dann steht – das Geld für die Umsetzung des Vorhabens ist noch in keinem Topf eingeplant.“ Die Zuständigkeit läge leider nicht bei der Stadt und eine Umsetzung ist von anderen Budgets abhängig, unterstreichen die beiden.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 04.06.2018

EU-Agrarreform sorgt bei Landwirten für Unbehagen - Politiker besuchen die Agrargenossenschaft in Jänickendorf

CDU-Politiker Danny Eichelbaum und Nuthe-Urstromtals Bürgermeister Stefan Scheddin (parteilos) haben am Mittwoch der Jänickendorfer Agrargenossenschaft „Der Märker“ einen Besuch abgestattet. „Ich möchte wissen, wie es den landwirtschaftlichen Unternehmen geht und mit welchen Herausforderungen sie zu kämpfen haben“, sagte Eichelbaum. Er erkundigte sich, welche Probleme es gibt und wie der Vorsitzende der Agrargenossenschaft Walter Schulze die bevorstehende EU-Agrarreform einschätzt. „Ich befürchte, wir werden wieder verlieren und durch die Reform werden Existenzen bedroht“, so Schulze, der auch Geschäftsführer der Jänickendorfer Vermarktungs- und Dienstleistungs GmbH ist. Während Eichelbaum davon ausgeht, dass der Landwirtschaftsetat für Deutschland um fünf Prozent gekürzt wird, geht Schulze von 15 Prozent aus. Aber die Kürzungen sind nicht sein einziges Problem. So machen die Lagerstättenverordnung des Bundes sowie Preisschwankungen auf den Weltmärkten und der Klimawandel den Landwirten immer mehr zu schaffen. „Der Markt reguliert die Preise. Bei Überproduktion gehen sie in den Keller“, sagte Schulze. Eichelbaum würde es begrüßen, wenn die Handelsketten zugunsten der Landwirte entscheiden würden.



Die Verbraucher würden seiner Ansicht nach im Sinne der Bauern für Milch, Butter und Fleisch auch tiefer in die Tasche greifen. Scheddin nahm die Käufer in Schutz: „Wer wenig verdient, schaut, dass er günstig einkaufen kann.“ Die Jänickendorfer Agrargenossenschaft und die Vermarktungs- und Dienstleistungs GmbH verfügen über insgesamt 2800 Hektar Land - mit schlechten Boden. „Wir haben hier Werte im unteren Bereich. Von 100 Punkten haben wir grade mal 24“, so Schulze. Beihilfen werden den Unternehmen streitig gemacht. Für ein landwirtschaftliches Unternehmen wie den „Märker“ sei es nach Aussage von Schulze schwierig zu kalkulieren. Allein die ständig steigenden Diesel- und Benzinpreise machen es ihm schwer. „Wir arbeiten verteilt über sieben Dörfer und müssen teilweise die Kartoffeln selbst zur Stärkefabrik bringen. Die Kosten werden immer höher“, ärgerte sich Schulze. Für einige Kulturen konnte er Verträge abschließen, die ihm zusichern, dass er Abnehmer für seine Produkte zu festen Preisen hat.

Das wiederum bedeutet, dass er auch liefern muss - auch bei langanhaltender Trockenheit oder starken Regenfällen. „Die Mähdruschkulturen haben wir im vergangenen Jahr gut verkauft“, so der Landwirt. Auch Biogasanlagen werden vom Unternehmen beliefert. „Im vergangenen Jahr ist so viel Mais gewachsen, da war der Preis so niedrig. Da kann nicht mehr von Wirtschaftlichkeit gesprochen werden“, fügte er hinzu. Er verwies darauf, dass die Politik gefordert ist. Sie müsste dafür sorgen, dass landwirtschaftlichen Unternehmen ihre wirtschaftlichen Grundlagen nicht entzogen werden. Schließlich wären dann auch Arbeitsplätze in Gefahr. „Die Preise lassen uns keine Wahl. Wir sind gezwungen, mit weniger Aufwand das Gleiche zu schaffen“, so Schulze. Bis zur Wende zählte die Agrargenossenschaft 210 Mitarbeiter. Jetzt sind es 25 bis 30 - bei gleicher Flächenbewirtschaftung. Ohne polnische Saisonarbeiter würde es nicht funktionieren. Schulze lobte die Mitarbeiter aus

Osteuropa, die auch im technischen Bereich eingesetzt werden. „Bisher machen wir alles selbst, ohne Dienstleister. Mal sehen, wie lange sich das ökonomisch noch umsetzen lässt.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.05.2018



26.05.2018 Eröffnung Benefizturnier SV Grün-Weiß
Großbeeren



26.05.2018 Eröffnung Deutsche Meisterschaften
Floorball in Mellensee

Bürgerstammtisch - Mit den Menschen in Kontakt

Gröben. Mit einem neuen Veranstaltungsformat, dem Bürgerstammtisch, wird der CDU-Landtagsabgeordnete in den nächsten Monaten von Ort zu Ort ziehen. Ziel ist es mit den Bürgerinnen und Bürgern über ihre Sorgen und Nöte vor Ort zu sprechen. Am Donnerstag war die erste Station in Gröben. Themen waren fehlende Busverbindungen, der noch nicht gebaute Radweg von Gröben nach Siethen, die mangelnde Breitbandversorgung und fehlende Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.



Quelle: Blickpunkt Brandenburg Online, 23.05.2018

CDU: Landesregierung hat bei der Verwirklichung des Multienergiekraftwerkes in Sperenberg versagt - Danny Eichelbaum: Versprechen wurden gebrochen

Hierzu erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum:

Mit viel Optimismus und Engagement haben die Gremien des Kreistages Teltow-Fläming und die Gemeinden Nuthe-Urstromtal, Am Mellensee, Luckenwalde und Trebbin das Projekt: Multienergiekraftwerk in Sperenberg verfolgt. Schließlich ging es auch um die erfolgreiche Umnutzung einer militärischen Liegenschaft und ein energiepolitisches Zukunftsprojekt.

So gründeten die Anrainergemeinden vor 2 Jahren eine interkommunale Arbeitsgemeinschaft, mehrfach tagten die zuständigen Ausschüsse des Kreistages und gaben ihr positives Votum für das geplante Zukunftsprojekt und die Deutsche Umwelthilfe führte im Jahr 2015 einen Bürgerdialog durch. Von Anfang an war aber klar, dass das Projekt nur mit der Unterstützung der Landesregierung gelingen wird. Zuständig für die Gesamtentwicklung der ehemaligen WGT-Liegenschaft Sperenberg ist Brandenburgs Finanzminister Christian Gührke (Linke). Dieser posaunte auch bei der Eröffnung des Konversionsommer 2015 in Klausdorf öffentlich heraus, dass das geplante Multienergiekraftwerk Chefsache wird und die Staatssekretäre der zuständigen Ministerien in Potsdam die Umsetzung beraten und begleiten werden. Schliesslich haben sich auch SPD und Linke im Koalitionsvertrag auf Landesebene die Verwirklichung des Multienergiekraftwerkes als "Leitprojekt für die Energiewende" auf die Fahne geschrieben.

Aus dem Leitprojekt der Brandenburger Landesregierung ist nun ein Pannenprojekt geworden. Finanzminister Gührke ist als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet. Die Brandenburger Landesregierung hat auf ganzer Linie versagt und die Gemeinden, den Kreis und die Bürgerinnen und Bürger im Regen stehen gelassen. Die Landesregierung und insbesondere Finanzminister Christian Gührke (Linke) hätte wissen müssen, dass die rechtlichen und insbesondere die planungsrechtlichen Voraussetzungen für das Megaprojekt nicht erfüllt sind. Dazu hätte es kein Gutachten bedurft, das weitere Steuergelder gekostet hat. Anstatt das Projekt zu stoppen, wurde die kommunale Familie vor Ort jahrelang im guten Glauben gelassen, das sich das Multienergiekraftwerk in Sperenberg verwirklichen lässt. Wieder einmal hat die Brandenburger Landesregierung ein Versprechen gebrochen. Finanzminister Christian Gührke (Linke) und Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) müssen jetzt erklären, wie es in Sperenberg weitergeht, eine Zukunftsoption haben sie bereits verbaut!

Quelle: Pressemitteilung, 20.04.2018

13.04.2018 Besuch des neuen Hortes Groß-
Bärenkinder in Großbeeren



MdL Roswitha Schier und MdL Danny Eichelbaum zu Besuch im Haus Casa Reha Fontanehof

Ludwigsfelde, 13. April – Der Pflegeberuf ist anspruchsvoll. Er fordert hohe Fach- und Sozialkompetenz und er hat seinen schlechten Ruf zu Unrecht. Das negative Image sorgt zunehmend für einen Nachwuchsmangel in der Pflegebranche. MdL Roswitha Schier, Sprecherin für Arbeitsmarkt und Soziales der CDU-Landtagsfraktion, informierte sich im Rahmen ihrer Pflegetour bei Ina Künzel-Langklotz, Einrichtungsleitung des Haus Casa Reha Fontanehof, intensiv über die Wünsche und Probleme der Pflegekräfte.



Gemeinsam mit dem Rechtspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion MdL Danny Eichelbaum und der Stadtverordneten Rosemarie Kleinfeld, besuchte sie am Freitag das Haus in Ludwigsfelde.

Die Abgeordneten nahmen sich viel Zeit, um ausführlich mit Ina Künzel-Langklotz und Sabine Schröder, Regionalleitung der Region Nord-Ost bei Korian Deutschland, über die Auswirkungen des Fachkräftemangels zu sprechen.

Es wird immer schwieriger, geeignetes Fachpersonal zu finden. Man war sich einig - das Image des Pflegeberufes muss verbessert werden - dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Neben der Akzeptanz und Anerkennung des Pflegeberufes wurde über die Auswirkung der kürzlich beschlossene Pflegereform, die Reform der Ausbildung in den Pflegeberufen sowie die Bezahlung der Pflegekräfte gesprochen.

Im Anschluss führte Einrichtungsleiterin Ina Künzel-Langklotz durch das Haus und zeigte den Abgeordneten auch das Snoezelenbad, welches die Bewohner besonders gerne annehmen. „Vor allem demente Bewohner sprechen darauf sehr gut an – sie benötigen dadurch weniger Medikamente“, freut sich Ina Künzel-Langklotz.

Schier zeigte sich von der Einrichtung begeistert: "Ich bin sehr beeindruckt von der Arbeit, die die Pflegekräfte hier täglich leisten. Ich habe größte Hochachtung vor diesem Beruf".

Das Haus Casa Reha Fontanehof gehört zur Korian-Gruppe. Es bietet 147 Pflegeplätze in Einzel- und Doppelzimmern.

Quelle: Pressemitteilung, 17.04.2018

13.04.2018 Besuch des DRK-Seniorenheimes
in Saalow



Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Weiterer Plus-Bus nach Wünsdorf

Um die eingestellte Buslinie 618 zwischen Potsdam und Wünsdorf zu ersetzen, soll neben dem Plus-Bus zwischen der Landeshauptstadt und Ludwigsfelde ein weiterer bis nach Wünsdorf eingesetzt werden.

Unstrittig war das Thema Plus-Bus bis nach Wünsdorf in der Kreistagsitzung am Montagabend im Luckenwalder Kreishaus. Die CDU und die Freien Wähler hatten jeweils einen eigenen Antrag zu diesem Thema gestellt, der weitgehend dasselbe Ziel verfolgte: Die bis Ende 2017 vom Land finanzierte Buslinie 618 von Potsdam nach Wünsdorf soll neben dem bereits existierenden Plus-Bus zwischen der Landeshauptstadt und Ludwigsfelde noch durch einen weiteren Plus-Bus ersetzt werden, der von Ludwigsfelde über Zossen bis nach Wünsdorf führt.

Fehlende direkte Bahnverbindung

Die Freien Wähler zogen ihren Antrag zurück und überließen es dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Danny Eichelbaum, den Antrag zu begründen. Der wies darauf hin, dass Wünsdorf weiterhin der Sitz von wichtigen Landesbehörden ist. Und vom Mittelzentrum Zossen gebe es keine direkte Bahnverbindung nach Potsdam. Plus-Bus-Linien könnten die Mobilität der Pendler erhöhen.

100.000 Euro zusätzlich

Deshalb soll der Landkreis Teltow-Fläming nun gemeinsam mit der Verkehrsgesellschaft VTF prüfen, wie die Verkehrsanbindung für die Bürger von Zossen nach Potsdam verbessert werden kann. Als Voraussetzung dazu soll ab dem Fahrbahnwechsel 2018 eine Plus-Bus-Linie von Zossen nach Ludwigsfelde eingerichtet werden. Dazu seien zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000 Euro vom Landkreis in den nächsten Haushalt einzustellen.

Land soll zuschießen

Zudem werden der Landtag und die Landesregierung dazu aufgefordert, den Landkreisen weitere finanzielle Mittel für die Einrichtung von Plus-Bus-Linien zur Verfügung zu stellen. Der Antrag wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen verabschiedet.

Zossen darf keine eigene Linie betreiben

Laut den Freien Wählern kann die Stadt Zossen aus rechtlichen Gründen keine eigene Buslinie betreiben, weil der öffentliche Personennahverkehr Sache der Landkreise ist. So ist in diesem Fall der Landkreis Teltow-Fläming zuständig für die Finanzierung der Linie.

Allerdings habe das Land Brandenburg finanzielle Unterstützung signalisiert. Auch sprächen die Fahrgastzahlen für die Wichtigkeit dieser Busverbindung.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.06.2018

Gute Chancen für Plus-Bus-Linie

Da kommt was ins Rollen: Besser als bisher sind die Chancen für einen Plus Bus von Zossen über Ludwigsfelde nach Potsdam. Dafür zeichnet sich im Kreistag eine Mehrheit ab. Montag wird beraten.

Besser als bisher sind die Chancen für eine Plus Bus-Linie von Zossen nach Potsdam. Montag könnte im Kreistag eine wichtige Vorentscheidung fallen. Dann stehen zwei Beschlussanträge zu diesem Thema auf der Tagesordnung. Antragsteller sind die Fraktionen CDU und Freie Wähler-Allianz.

„Einige Fraktionen meinen es nun ernst und bringen unseren Antrag in den Kreistag ein“, so die Zossener Bürgermeisterin Michaela Schreiber (Plan B). In dem vom stellvertretenden FW-Allianz-Fraktionsvorsitzenden Detlef Klucke eingebrachten Antrag wird die kürzlich von den Zossener Stadtverordnete erhobene Forderung übernommen: „Der Kreistag Teltow-Fläming beschließt eine Plus-Bus-Verbindung zwischen Ludwigsfelde und Wünsdorf einzurichten, die den vorhandenen Plus Bus Ludwigsfelde (ohne Umsteigen) über Zossen bis nach Wünsdorf weiterführt“.

Kreis soll 100 000 Euro in Haushalt einstellen

Wünschenswert wäre natürlich eine direkte Busverbindung von Wünsdorf nach Potsdam, so CDU-Fraktionschef Danny Eichelbaum. Aber diese Verbindung würde den Landkreis jährlich 250.000 Euro, einen zusätzlichen Bus und weitere Personalstellen kosten. Diese Aufgabe könne der Kreis allein finanziell nicht schultern. „Unser Ziel ist es, dass die Zossener Bürger und die Landesbediensteten wieder schneller nach Potsdam kommen, nachdem die Brandenburger Landesregierung die Busverbindung 618 sang-und klanglos gestrichen hat“, sagt Eichelbaum. „Wir wollen eine zusätzliche Plus-Bus-Linie von Zossen nach Ludwigsfelde einrichten.“ Dafür sollen zusätzlich 100 000 Euro in den Kreishaushalt eingestellt werden. „Die Kreisverwaltung befürwortet diese Maßnahme.“

„Sinnvoll erscheint die Weiterführung des Plus-Bus-Taktes der Linie 715 Ludwigsfelde-Potsdam mit Hilfe der Linie 701 nach Zossen“, so Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) in ihrer Stellungnahme zu beiden Beschlussvorlagen. Hierfür sei eine Kofinanzierung des Landes in Höhe von 40 Cent pro Kilometer wahrscheinlich.

Reaktionen der Fraktionsvorsitzenden

„In der Stellungnahme der Verwaltung steht ja der Lösungsvorschlag drin. Der findet in unserer Fraktion die volle Unterstützung“, so Fraktionschef Hans-Jürgen Akuloff (Die Linke). „Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir diese Anträge unterstützen“, so Michael Baumecker, BV/FDP-Fraktionsvorsitzender. „Unsere Fraktion berät erst Freitagabend darüber“, so Thomas Czesky (Bündnis 90/Die Grünen). Unabhängig davon gelte der Grundsatz grüner Politik: Je mehr Busse auf der Straße, desto besser. „Wir sind schon der Meinung, dass es Plus-Bus-Linien geben soll“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Detlef Schlüpen. Dem Prüfantrag der CDU könnte man möglicherweise noch zustimmen, der anderen Vorlage hingegen nicht. „Darin wird gefordert, der Kreis soll die Plus-Bus-Linie einrichten. Koste es, was es wolle“. Das sei aus Sicht der SPD-Fraktion unrealistisch.

Beide Beschlussvorlagen und die Stellungnahme der Landrätin stehen im Internet unter www.teltow-flaeming.de.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 22.06.2018



14.06.2018 Bürgersprechstunde des
Petitionsausschusses des Landtages in
Luckenwalde



14.06.2018 Gastvortrag bei der Erzeugergemeinschaft Flämingmilch
in Werder

11.06.2018 Eröffnung der Seniorenwoche im
Landkreis Teltow-Fläming in Luckenwalde



09.06.2018 Mit dem Ministerpräsidenten von Sachsen Anhalt, Dr. Reiner Haseloff und Elbe-Elster
Landrat Christian Jaschinsky beim Tag der Bundeswehr in Holzdorf

Sorge um Schloss Wiepersdorf - Zukunft des berühmten Künstlerhauses ist derzeit unklar - Stipendiaten organisieren einen Abend für Erhalt der Residenz

Sie alle kamen frohgemut, voreifrig, sahen Wochen entgegen, in denen sie konzentriert arbeiten, den Austausch mit den anderen Literaten, Künstlern oder Komponisten pflegen wollten. Doch dann ereilte die diesjährigen Stipendiaten des Künstlerhauses Schloss Wiepersdorf die Nachricht, dass die begehrte Residenz in diesem Jahr nur bis Ende Juli statt Ende Oktober bewohnbar sei, dann saniert werde. Und dass irgendwie nicht so ganz klar ist, wie es danach mit diesem Refugium weitergehen wird. „Ein klares Bekenntnis, zu dem auch eine konkrete Zeitplanung und ein Konzept zur Wiedereröffnung des Hauses als Künstlerresidenz gehören würde, ist vom Land Brandenburg bisher leider nicht zu vernehmen“, sagt der Fotograf Sven Gatter besorgt.

Er gehört gemeinsam mit Ulrike Seyboth und Ingo Fröhlich zu der Stipendiaten- Runde, die eigens einen Abend organisiert unter dem Motto: „Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf retten!“. Der findet am 25. Juni ab 20 Uhr im Literaturforum im Brecht-Haus in der Berliner Chausseestraße statt. Annett Gröschner, die 2008 Stipendiatin war, wird aus ihrem Manuskript „Die Köchinnen von Wiepersdorf“ lesen, und Judith Zander, 2013 und in diesem Jahr im Künstlerhaus, trägt eigene Wiepersdorf-Gedichte und welche von Sarah Kirsch vor. 1973 hatte diese ihren Zyklus verfasst an jenem Ort, der 1946 bereits Herberge für Literaten und später auch für Künstler wurde. Der Schauspieler Uwe Bohm wird aus Briefen Bettina und Achim von Arnims lesen - denn das Haus ist eben auch kulturgeschichtlich als Heim des wohl berühmtesten Dichterpaares der Romantik von immenser Bedeutung. „Das Land hat eine Aufgabe!“, sagt die Malerin Ulrike Seyboth. Für Teltow-Flämings Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) ist der Ort eine „landesbedeutsame Kulturstätte mit internationaler Ausstrahlung und langer Tradition“, der überdies als denkmalgeschütztes Ensemble ein für die weite Region überaus wichtiger Tourismusmagnet sei. „Angesichts dieser großen Bedeutung, die weit über die Kreisgrenzen hinausreicht, hoffe und wünsche ich mir sehr, dass das Land Brandenburg gemeinsam mit dem Bund Lösungsmöglichkeiten für die Fortführung des Künstlerhauses findet“, erklärt sie. „Wir sind in Teltow- Flämig stolz, eine Kulturstätte mit einer so großen nationalen und internationalen Strahlkraft zu haben“, sagt auch der Jüterboger Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU).

Einen Brief mit konkreten Fragen haben die Stipendiaten an Entscheider im Land versandt. Eine Antwort kam bislang nicht. So sitzt die Enttäuschung tief. Sie bangen um die Künstlerstätte, denken dabei aber auch an die Menschen, die dort noch arbeiten. „Die finanziellen Probleme sind auch nicht erst seit heute, sondern bereits seit 2016 bekannt, leider ist die Landesregierung viel zu spät aktiv geworden“, beklagt Eichelbaum. Denn dass die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, der die Immobilie gehört, nach 2018 nicht mehr auch Betreiber des Künstlerhauses sein will, war spätestens seit damals klar. Schon da gab es Aktivitäten, das Land an seine Verantwortung für diesen Ort zu erinnern. „Was will man politisch, was will man kulturell, was kann man finanziell?“, fragt deshalb Norbert Baas, Vorsitzender des Freundeskreises Schloss Wiepersdorf, der das Bettina-und-Achim-von-Arnim-Museum im Schloss betreibt und dafür gemeinsam mit einer Expertengruppe Neugestaltungsideen entwickelt. Er spricht von einem „intensiven und konstruktiven Dialog mit dem Ministerium“, den es seit 2016 gegeben habe. Schwarzmalen wolle er nicht, die notwendige Schließung sei in erster Linie der Sanierung geschuldet, falle aber mit dem Ende der Trägerschaft des Hauses durch die Stiftung Denkmalschutz zusammen. „Das ganze Unterfangen darf nicht an Gewicht

verlieren“, sagt er. „Wir fühlen uns verbunden und kämpfen auch dafür“, so Baas über das Künstlerhaus. Einige Veranstaltungen haben die Mitglieder des Freundeskreises noch geplant vor der Schließung. So wird jetzt am Sonnabend um 16 Uhr eine Ausstellung der in Frankreich lebenden Malerin und Grafikerin Bettina von Arnim in der Tankhalle eröffnet. Am 30. Juni wird es - sozusagen als Auftakt zur Georgien-Präsentation auf der Frankfurter Buchmesse - Literatur und Musik aus Georgien geben. Erwartet wird dann unter anderem die Autorin Nino Haratischwili. Vom Künstlerhaus selbst gibt es am kommenden Sonntag ab 15 Uhr wieder den allmonatlichen „Treffpunkt Gartensaal“, Christine Anlauff und Alexa- Karina Schöne werden dann lesen, Sven Gatter will Fotografien vorstellen, die zu dem ihn beschäftigenden Thema alter industrieller Überbleibsel im postkommunistischen Osteuropa in der Umgebung entstanden sind. Reinhard Krehl befasst sich unter anderem mit experimenteller Gartenkunst und wird dazu einiges zeigen.

Vorab um 14 Uhr gibt es noch einmal die Gelegenheit, das Museum im Schloss bei einem geführten Rundgang zu erkunden. Auch für den 1. Juli sind Treffpunkt und Museumsführung noch einmal geplant. Wie das für den 22. Juli angesetzte Sommerfest aber angesichts der ziemlich gedrückten Stimmung aussehen könnte, ist für alle ein Rätsel. „Untergangsstimmung im Künstlerschloss erlebt hatte ich schon mal, 2004. Damals gingen die Tore nach Schreckensmonaten doch wieder auf. Und nun?“, fragt Paula Schneider. Die in Niedergörsdorf lebende Autorin war mehrfach, zuletzt 2017, Stipendiatin im Künstlerhaus, das dann 2006 unter der Leitung von Anne Frechen doch wieder eröffnet werden konnte und seitdem von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz betrieben wurde. Um den möglichen Verlust eines wichtigen Stücks Kultur sorgt sich Performance-Künstlerin Nezaket Ekici. 2007 war sie im Künstlerhaus als Stipendiatin, danach immer wieder mal zu Veranstaltungen eingeladen. Sie sei zutiefst erschüttert, dass so ein schöner und inspirierender Ort den Künstlern verloren gehen könnte, schreibt sie aus Rom, wo sie Gast der Villa Massimo ist. „Die Künstler sind angewiesen auf solche Orte. Artists in Residences sind einmalige Gelegenheiten, sich aus dem Alltag herauszunehmen und sich voll und ganz auf die künstlerische Arbeit zu konzentrieren.“ In seiner Funktion als Künstlerherberge gehört der Ort für den in unmittelbarer Nähe aufgewachsenen ehrenamtlichen Wiepersdorfer Bürgermeister Matthias Wäsche (parteilos) zu seinem Alltag einfach dazu. „Mir liegt das Schloss am Herzen“, betont er.

Nicht nur in politischer Funktion, auch ganz privat sei er immer gerne zu den regelmäßigen Veranstaltungen gekommen. „Ich würde mir wünschen, dass unsere Region, das Dorf, die Gemeinde auch Gehör finden“, hofft er auf mehr Transparenz von Seiten des Landes. Eine Potenzialanalyse wurde erstellt und ein Betreiberkonzept wurde entwickelt, Details aber sind daraus noch nicht an die Öffentlichkeit gedrungen. „Da ist so eine Zugewandtheit“, dies spürte der Zeichner Ingo Fröhlich immer wieder, wenn er mit den Menschen in Wiepersdorf und Umgebung ins Gespräch kam. Er hat gemeinsam mit Ulrike Seyboth, mit der er in Berlin das Kunst- und Projekthaus „Torstraße 111“ führt, sein Stipendium noch im Winter angetreten. Einige der für die Aufenthalte nebst finanzieller Förderung Auserwählten erteilte die Bitte, wegen der anstehenden Renovierung zeitlich umzudisponieren. Da, erzählt Sven Gatter, sei er etwas irritiert gewesen. „Wir wollen mit unserer Veranstaltung verhindern, dass das Künstlerhaus stillschweigend unter dem Deckmantel verschwindet“, sagt er. Die Stipendiaten wollen sich weiter vernetzen und, so kündigt Ulrike Seyboth an, gegebenenfalls weitere Veranstaltungen planen. Ins Brecht-Haus wollen sie für den 25. Juni auch Mitarbeiter des Brandenburger Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur einladen. „Eine klare Stellungnahme für das Künstlerhaus, das fordern wir“, sagt Ingo Fröhlich und Ulrike Seyboth

ergänzt: „Uns geht es darum, dass es uns sehr am Herzen liegt und es für unsere Arbeit notwendig ist, dass Künstlerförderung weiter ein Thema der bürgerlichen Gesellschaft bleibt.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 30.05.2018

Streit um Beigeordneten-Stelle beendet

Die Führungsriege der Kreisverwaltung ist komplett. Kreis-Kämmerer Johannes Ferdinand kann jetzt seinen Beigeordneten-Posten antreten. Er war im Dezember vom Kreistag gewählt worden, doch hatte die Konkurrentenklage der Rechtsamtsleiterin bislang seine Ernennung blockiert. Nun ist der Streit überraschend beendet worden.



Die Hängepartie um die Besetzung des Beigeordnetenpostens in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming ist beendet. Der bereits vom Kreistag gewählte Johannes Ferdinand (CDU) soll am 18. Mai seine Ernennungsurkunde mit Wirkung zum 1. Juni erhalten. Das teilte die Kreisverwaltung mit.

Wagner zieht Bewerbung zurück

Demnach wurde der vor dem Verwaltungsgericht Potsdam anhängige Rechtsstreit mit einem Vergleich beendet. Rechtsamtsleiterin Ruth Wagner, die sich für besser geeignet hielt, zieht ihre Bewerbung zurück. Im Gegenzug wird ihr Amt aus dem Dezernat I, für das Ferdinand zuständig sein wird, herausgelöst und dem Dezernat III zugeordnet, das von der Beigeordneten und Volljuristin Dietlind Biesterfeld (SPD) geleitet wird.

Mit klarer Mehrheit gewählt

Diplom-Kaufmann Ferdinand, seit 2014 Kreis-Kämmerer, war im Dezember mit 41-Ja- und elf Nein-Stimmen zum Beigeordneten gewählt worden. Der für die Beigeordneten-Wahlen gebildete Wahlvorbereitungsausschuss, in dem Vertreter aller Fraktionen saßen, hatte Ferdinand auch vorgeschlagen.

Gegen die Parteilinie

Wagners Klage hatte Irritationen ausgelöst. Dies lag auch daran, dass sie bis Februar Kreisvorsitzende der Grünen war. Diese hatten sich aus Kostengründen jedoch grundsätzlich gegen die Wahl von Beigeordneten ausgesprochen.

CDU: Klage war nicht gerechtfertigt

Die CDU-Kreistagsfraktion begrüßt den Vergleich. „Eine jahrelange Rechtsstreitigkeit wurde damit verhindert. Die Führungsspitze des Landkreises ist damit komplett und endlich arbeitsfähig“, teilte Fraktionschef Danny Eichelbaum mit. Sachlich sei die Klage ohnehin nicht gerechtfertigt gewesen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.05.2018

Keine Gebühren mehr für Trichinen-Check - Wildschweinjagd soll für Jäger keine zusätzlichen Kosten verursachen – Kompetenzstreit zwischen Kreistag und Verwaltung kocht hoch

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) rückt weiter vor, auch wenn sie Deutschland und Brandenburg noch nicht erreicht hat. Um das zu verhindern, sind die Jäger dazu aufgefordert, mehr Wildschweine abzuschießen, weil sie als Überträger der Schweinepest gelten. Dafür sollen die Jäger nicht noch finanziell belastet werden für die anfallende Trichinenuntersuchung durch das Veterinäramt, zumal sie schon unter dem Preisverfall für Wildbret zu leiden haben.

Darüber herrschte bei der jüngsten Sitzung des Kreistags Einigkeit. Ein entsprechender Antrag wurde von der SPD, der Linken, der CDU und von Bauernverband/ FDP eingereicht. Demnach soll der Landkreis vom 1. Mai diesen Jahres bis zum 31. Dezember kommenden Jahres auf die Untersuchungsgebühr verzichten.

In einer Stellungnahme der Kreisverwaltung riet das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt dazu, nicht nur Jäger davon zu befreien, sondern auch die Wildverarbeitungsbetriebe. Außerdem wäre es ratsam, die Geltungsdauer zunächst nur bis zum 31. Dezember diesen Jahres festzulegen. In einer anschließenden Evaluation sei darzulegen, ob die Aussetzung der Gebührenerhebung tatsächlich zu einer Erhöhung der Abschussraten bei Schwarzwild geführt habe, heißt es in der von Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) unterschriebenen Stellungnahme. Der Antrag wurde entsprechend geändert und einstimmig beschlossen.

Eine Misstimmung entstand aber unmittelbar danach, als Landrätin Wehlan darauf hinwies, dass der Kreistag über eine Gebührenerhebung überhaupt nicht zu entscheiden habe. Dies sei vielmehr eine „Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“ durch das Land. Das heißt: Die Landrätin handelt hier als untere Landesbehörde und nicht im Auftrag des Kreistags. Da waren die Kreistagsabgeordneten dann doch etwas baff. Wozu hatten sie sich denn die ganze Arbeit mit dem Antrag gemacht, hieß die Frage.

„Nach dieser deutlichen Entscheidung des Kreistags“, wollte Winand Jansen (SPD) wissen, woher diese plötzliche rechtliche Einschätzung komme. „Doch nicht etwa von der Stelle“, mutmaßte er, ohne genau zu sagen, wen er meinte, die schon häufiger merkwürdige Rechtsauffassungen kundgetan habe. Darauf ging die Landrätin nicht ein, versicherte aber: „Ich werde mit Ihrem Beschluss ernsthaft umgehen.“ Sie werde ihn rechtlich prüfen, weil sie ja auf das Recht vereidigt sei. Das seien die Kreistagsmitglieder auch, meinte CDU-Fraktionschef Danny Eichelbaum: „Diese rechtliche Bewertung ist uns neu. Wir werden darauf achten, dass der Beschluss umgesetzt wird!“. Wenn die Landrätin der Meinung sei, dass der Beschluss des Kreistags rechtswidrig wäre, meinte SPD-Fraktionsvorsitzender Detlef Schlüpen, müsse sie den Beschluss beanstanden. Allerdings seien solche Beschlüsse in anderen Landkreisen schon umgesetzt worden.

„Ich habe erst heute davon Kenntnis erhalten“, sagte Wehlan, so dass sie den Sachverhalt nicht mehr in die Stellungnahme der Kreisverwaltung einarbeiten konnte. Und: „Das Rechtsamt war nicht einbezogen.“ „Warum kommt man dann erst jetzt damit aus dem Busch?“, wollte Jansen wissen, und Eichelbaum legte nach: „Welches Amt hat heute noch mal eine Stellungnahme abgegeben, nachdem die Kreisverwaltung ihre schon fertig hatte?“ Derart in die Enge getrieben, ruderte Kornelia Wehlan zurück: „Das kam vom Antikorruptionsbeauftragten, was mir von der Rechtsamtsleiterin übermittelt

wurde.“ Wahrscheinlich wären jetzt zumindest bei Jansen und Eichelbaum der Kragen geplatzt, weil der Antikorruptionsbeauftragte sehr wohl auch noch Mitarbeiter des Rechtsamts ist. Doch ging Andreas Muschinsky (CDU) dazwischen, um auf die eigentliche Absicht des Antrags zu erinnern: „Bitte entspannen Sie sich“, bat er. „Ich warte auf eine Aufhellung durch die Landrätin. Die politische Botschaft ist doch klar.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 03.05.2018

Teltow-Fläming: Lange Bearbeitungszeit für Bauanträge

Der CDU-Politiker Danny Eichelbaum kritisiert die langen Bearbeitungszeiten für Bauanträge durch die Kreisverwaltung. Statt üblicher drei Monaten müssen Bauherren derzeit sechs Monate und länger auf die Genehmigung warten.

Wer in Teltow-Fläming ein Bauvorhaben plant, muss sich in Geduld üben. In der Unteren Baubehörde des Landkreises stapeln sich derzeit 3300 Bauanträge. „Die Bearbeitungszeiten für Baugenehmigungen sind viel zu lang“, kritisiert der CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum.

Baugenehmigungen sollten innerhalb von drei Monaten erteilt werden, die Praxis sieht anders aus. Sechs Monate und länger warten Bauherren auf den Stempel der Kreisverwaltung. „Immer mehr Bürger beschwerten sich“, erklärt Eichelbaum, „dabei geht es nicht nur um Großprojekte, sondern auch um kleine Bauvorhaben.“

Teltow-Fläming verzeichne einen Bauboom, so Eichelbaum, deshalb müssten sich Investoren und Bauwillige darauf verlassen können, ihre Genehmigungen schnell zu erhalten. „Jeder Tag des Wartens kostet den Bauherrn unnötig Geld und verhindert Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze“, moniert der CDU-Politiker. „Hier muss die Kreisverwaltung eine Schippe drauf legen, die Personalverstärkung reicht noch nicht aus“, sagt er.

Verständnis für Personalsituation

Die Kritik der ausgebremsten Bauherren an der Kreisverwaltung fällt dabei vergleichsweise glimpflich aus. „Natürlich bedauern wir, dass unsere Vorhaben in Verzug kommen“, sagt Dierk Giese, Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft Jüterbog. So sollen aktuell rund 30 Wohnungen im Bestand saniert werden – davon 25 im Buchenweg und weitere vier in der Triftstraße. „Wir haben offenes Wetter und könnten sofort losbauen, warten aber noch auf die Baugenehmigung“, so der Wohnungschef.

Aber er äußert auch Verständnis für die angespannte Personalsituation im Kreis: „Von acht Planstellen sind fünf nicht besetzt, andere fallen durch lange Krankheit aus. Was will man da ausrichten? Mehr als arbeiten können die Angestellten dort nicht.“

„Verantwortung beim Land“

Klaus Rocher (FDP), Bürgermeister in Rangsdorf, macht das Land für die prekäre Situation verantwortlich. „Die Kreisverwaltung ist doch nur die Untere Behörde des Landes und nimmt die ihr

übertragenen Aufgaben wahr“, so Rocher. Brandenburg habe sich immer noch nicht von der längst überholten Prognose verabschiedet, dass die Städte und Gemeinden schrumpfen. „Laut Landesregierung sterben wir aus, dementsprechend schlecht ist die Personalausstattung“, so Rocher. Seine Kommune zählt derzeit 11 300 Einwohner, Tendenz steigend. „Dieser Entwicklung muss man sich endlich anpassen, auch personell“, sagt er.

Zehn Monate Wartezeit

Der DRK-Kreisverband Fläming-Spreewald musste auf die Baugenehmigung für die neue Tagespflege in Luckenwalde zehn Monate warten. „Das hat uns schon in die Bredouille gebracht“, sagt DRK-Kreischef Harald-Albert Swik. „Wir hatten schließlich ein fertiges Konzept und schon Firmen gebunden.“ Bei Verzögerungen müsse man damit rechnen, dass die Firmen entweder ausgebucht sind oder höhere Preise nehmen. „Die Baubehörde muss personell besser ausgestattet werden und man darf nicht den Fehler machen, Stellen befristet auszuschreiben“, so Swik.

Sechs Monate Wartezeit musste die Stadt Luckenwalde für Baugenehmigungen für Kita-Container und den Anbau an der Kita „Rundbau“ in Kauf nehmen. „Wegen der dringenden Notwendigkeit, neue Kitaplätze zu schaffen, wurden wir sicher bevorzugt und sind gut dabei weggekommen“, sagt Amtsleiter Ingo Reinelt.

Zu wenige Stellen

Dietlind Biesterfeld, Beigeordnete des Kreises, bestätigt, dass sich die Erteilung der Baugenehmigungen verzögert hat. Im Durchschnitt liegt sie jetzt bei fünf Monaten. Dafür verantwortlich seien die gute Konjunktur und „die zu wenigen Stellen im Verhältnis zu den gestiegenen Antragszahlen“. Zudem gebe es einen überdurchschnittlich hohen Krankenstand. Bauanträge für Kitas würden in Abstimmung mit den Kommunen und unter Beachtung der Förderprogramme prioritär bearbeitet.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung 29.04.2018



20.04.2018 Vor Ort Termin Bahnhof Jüterbog

09.04.2018 Schülerdiskussion im Kopernikus
Gymnasium Blankenfelde



Aktuelle Themen aus dem Landtag

Zu wenige Staatsanwälte - Personalmangel hat sich verschärft

Der Personalmangel in den Brandenburger Staatsanwaltschaften hat sich in den vergangenen drei Jahren stetig verschärft. Im Vergleich zu 2015 ist der rechnerische Bedarf an Staatsanwaltschaftsstellen von 228 auf 234 im Jahr 2017 gestiegen. Tatsächlich nahm die Zahl der besetzten Stellen jedoch ab von 224 auf 222. Aktuell gibt es nur noch 220 Stellen. Das geht aus einer Antwort des Justizministeriums auf eine parlamentarische Anfrage des CDU-Rechtsexperten Danny Eichelbaum hervor. „Rechtsstaatliche Verfahren und Rechtsschutz für die Bürger scheinen der Landesregierung nicht wichtig zu sein“, sagte Eichelbaum. „Die Landesregierung gefährdet mit ihrer Rechtspolitik die effektive Strafverfolgung, wenn aufgrund von Fristabläufen Untersuchungshäftlinge entlassen werden oder Strafprozesse wegen Verjährung platzen.“ Der Personalbedarf wird bundeseinheitlich berechnet und ergibt sich aus der Zahl der Fälle, die bei der Staatsanwaltschaft eingehen. Laut diesem System fehlten derzeit in Brandenburg mindestens 18 Staatsanwälte, davon fünf in Cottbus, zehn in Frankfurt und drei in Potsdam, kritisierte Eichelbaum. Bei der Staatsanwaltschaft sollen laut Ministerium drei neue Stellen geschaffen werden. Das sei angesichts des Personalbedarfs ein Witz, so Eichelbaum. „Wie soll so die Kriminalität im Land bekämpft werden?“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 18.05.2018



21.06.2018 Gemeinsame Sitzung der Verkehrsausschüsse des Landtages Brandenburg und der Wojewodschaft Lubuskie in Kostrzyn nad Odra



20.06.2018 Sommerfest der Landesregierung in Potsdam

Luckenwalder beendet lange Durststrecke

Martin Obst gewinnt bei den Europameisterschaften der Ringer im russischen Kaspijsk die Silbermedaille. Der Luckenwalder beendet damit eine lange Durststrecke. Es ist die erste EM-Silbermedaille seit elf Jahren für die Freistiler des Deutschen Ringer Bundes. Die Freude in seinem Luckenwalder Heimatverein ist groß.

Martin Obst, seit dem Wochenende Vize-Europameister im Ringen, ist im Anflug. Ein Empfangskomitee für den Silbermedaillengewinner der kontinentalen Titelkämpfe in Kaspijsk (Russland) am Kaspischen Meer wurde am Montag beim 1. Luckenwalder Sportclub (LSC), seinem Heimatclub, zusammengestellt. „Wir wollen ihn natürlich gebührend empfangen“, sagt sein Freund und Trainingspartner Felix Menzel vom LSC. Die Ankunft des Vize-Europameisters auf dem Berliner Hauptbahnhof wird für Dienstagabend erwartet.



Luckenwalder Ringer gelingt Überraschungscoup

Martin Obst hat bei den diesjährigen Titelkämpfen der Ringer mit seinem Überraschungscoup eine lange Durststrecke beendet. Er gewann die erste deutsche Freistil-Silbermedaille seit elf Jahren. In der Klasse bis 79 Kilogramm verlor der 31-jährige Berliner, der in der brandenburgischen Ringerhochburg Luckenwalde trainiert, sein Finale gegen den Russen Achmed Gadschimagomedow mit 3:6 nach Punkten. Obst verpasste damit zwar das erste deutsche EM-Gold seit Alexander Leipold im Jahr 1998, aber auch auf ein EM-Finale mussten die Freistiler des Deutschen Ringerbundes (DRB) lange warten. Vor Obst stand letztmals Marcel Ewald 2007 in Sofia in einem Endkampf.



Im Achtel- und Viertelfinale der Titelkämpfe von Kaspijsk hatte Obst souveräne Siege gegen Alexandru Burca (Moldau/7:0) und Jevgeni Soltruk (Estland/10:0) eingefahren. Im Halbfinal-Duell seiner Gewichtsklasse setzte er sich dann gegen den Ungarn Mihaly Nagy mit 2:0 durch.

Zahlreiche Glückwünsche erreichen Martin Obst „Wir alle sind wahnsinnig stolz“, sagt Danny Eichelbaum, Präsident

des Ringerlandesverbandes Brandenburg (RVB), „Martin Obst hat bei den Europameisterschaften gezeigt, was in ihm steckt. Das war Ringen auf Weltklasseniveau. Die Brandenburger Ringerfamilie freut sich riesig über seine Silbermedaille.“

Über Facebook erreichten den 31-Jährigen ebenfalls zahlreiche Glückwünsche. Obst zeigt sich erfreut darüber. Er schreibt: „Danke an alle Gratulanten und an alle, die an mich geglaubt haben.“

Martin Obst ist im Berliner Stadtteil Pankow zu Hause. Kurz hinter der nördlichen Stadtgrenze, in Französisch-Buchholz (Brandenburg), betreibt er zusammen mit seinem Vater Dieter und seiner Schwester Stefanie einen Pferdefuhrbetrieb in fünfter Generation.

EM-Silbermedaille ist bisher der größte Erfolg für Martin Obst

Seine Ringerkarriere begann Martin Obst als Zehnjähriger in Berlin-Karow. Später besuchte er die Sportschule in Hohenschönhausen. Nachdem diese geschlossen wurde, trainierte er ab der neunten Klasse in Luckenwalde. In Sachen sportlicher Erfolg ist Obst ein Spätzünder. Erst mit 22 Jahren stand er erstmals auf einem Meisterschaftstrepptchen. Seinen ersten deutschen Titel gewann er 2011. Von 2015 bis 2017 wurde er dreimal in Folge Deutscher Meister. Obst vertrat Deutschland bei Welt- und Europameisterschaften und bei der Olympiaqualifikation für Rio de Janeiro. Die EM-Silbermedaille ist sein bisher größter sportlicher Erfolg.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung online, 07.05.2018



16.06.2018 Tag der Verkehrssicherheit Besuch der Kreisverkehrswacht Elbe-Elster im Landtag

31.05.2018 Besuch des Ortsvorstehers von Dahlewitz, Thomas Mattuschke, im Landtag



17.05.2018 Besuch der Vertretung von Taiwan in Berlin

Ringen Luckenwalder Medaillen machen Mut

Brandenburgs Ringer freuen sich bei den Offenen Mitteldeutschen Meisterschaften in der Luckenwalder Flämingshalle über Edelmetall. Wenn sich auch nicht alle Hoffnungen erfüllten, die Medaillen machen Mut für die anstehenden nationalen Titelkämpfe.

Zahlreiche sehenswerte Duelle waren bei den Offenen Mitteldeutschen Meisterschaften im Ringen der Männer in beiden Stilarten am Wochenende in Luckenwalde zu erleben. Obwohl einige deutsche Top-Sportler aufgrund von anstehenden internationalen Bewährungsproben nicht auf den drei Matten in der Flämingshalle standen, hatten die Titelkämpfe ein erfreulich hohes Niveau. „Die 116 Teilnehmer aus ganz Deutschland unterstreichen den guten Ruf von Luckenwalde als Ringerhochburg“, freute sich Danny Eichelbaum. Als Präsident des Ringerverbandes Brandenburg (RVB) eröffnete er die diesjährigen Mitteldeutschen Meisterschaften in der Flämingshalle.



Die Ringer aus Vereinen Brandenburgs belegten in der Endabrechnung bei den Klassikern hinter Sachsen den zweiten Platz in der Länderwertung, die Freistiler wurden Fünfte. „Mit den Ergebnissen sind wir zufrieden, auch wenn wir uns die eine oder andere Medaille mehr gewünscht hätten“, erklärte Eichelbaum.

Brandenburger Ringer auf dem Siegerpodest

Auf dem Podest für den gastgebenden Landesverband standen die Klassiker Mohammad Damankhosk (1. Platz, 72 kg/Hennigsdorfer RV), Nimetulla Khanzada (3., 77 kg/RC Cottbus), Felix Dietrich (2., 82 kg/Hennigsdorfer RV) und Johannes Schmiege (3., 82 kg/Germania Potsdam) sowie die Freistiler Alexander Röhl (2., 57 kg/Luckenwalder SC), Sven Menzel (2., 74 kg/Germania Potsdam), Sebastian Nehls (3., 79 kg/Luckenwalder SC), Franco Büttner (3., 86 kg/Luckenwalder SC), Shamo Ali Jahuar (3., 92 kg/Luckenwalder SC), Ruslan Grigoryan (2., 125 kg/Luckenwalder SC) und Morteza Sheverinalasi (3., 125 kg/Germania Potsdam).

„Zweiter der Länderwertung im griechisch-römischen Stil. Drei Silber- und vier Bronzemedailles für unsere Brandenburger Athleten im Freistilringen runden das gute Abschneiden des Teams Brandenburg ab. Den Deutschen Meisterschaften sehen wir nun hoffnungsvoll entgegen“, so Eichelbaum.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 25.04.2018

Konferenz der rechtspolitischen Sprecher der Unionsfraktionen - Danny Eichelbaum: Justiz muss gestärkt und Verfahren beschleunigt werden

Die Konferenz der rechtspolitischen Sprecher der Unionsfraktionen in den Ländern hat heute die Berliner Erklärung mit weitgehenden Maßnahmen zur Stärkung der Justiz beschlossen. Gerade in Brandenburg hat die Landesregierung Nachholbedarf. Durch jahrelange Personaleinsparungen dauern heute die Gerichtsverfahren in unserem Bundesland länger, als in allen anderen Bundesländern.

„Es kann und darf nicht sein, dass Straftäter, wie 2017 in Potsdam geschehen, für ihre Taten nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können, weil diese aufgrund der Überlastung der Gerichte verjährt sind“, sagte Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.



Der Rechtsstaat müsse funktionieren und seine Verpflichtungen erfüllen können. „Wenn heute immer wieder von einer Überlastung der Gerichte und

Ermittlungsbehörden die Rede ist, erst recht durch Terrorgefahr und zunehmende Fälle Organisierter Kriminalität, dürfen wir uns damit keinesfalls abfinden. Es geht darum, das Vertrauen der Bürger in die Justiz als dritte Gewalt unseres Gemeinwesens zu wahren und zu verteidigen“, so Eichelbaum weiter.

Neben der besseren personellen Ausstattung der Justiz forderten die Unionspolitiker, auch die Beibehaltung der Strafbarkeit des Besitzes und Konsums bestimmter Drogen sowie die Bekämpfung der Radikalisierung und jeglichen Extremismus in den Justizvollzugsanstalten der Länder. Rechtskräftig verurteilte Straftäter, die ausreisepflichtig sind, müssen konsequent abgeschoben werden.

Quelle: Pressemitteilung, 23.04.2018

12.04.2018 Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages
Brandenburg



10.04.2018 Meinungs austausch mit Abgeordneten aus
Kaliningrad in Potsdam

Ausgewählte Termine im Monat Juli/August

- 30.06.2018 12.00 Uhr Dorffest in Mietendorf
- 01.07.2018 11.00 Uhr Kinder-und Jugendsportspiele in Falkensee
- 02.07.2018 10.30 Uhr Einweihung PlusBus in Straupitz
- 04.07.2018 10.00 Uhr Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission
12.30 Uhr Rechtspolitisches Fachgespräch der CDU-Landtagsfraktion
- 05.07.2018 18.00 Uhr Sitzung des Freundeskreises der Bundeswehr der CDU-Brandenburg in Potsdam
- 06.07.2018 16.00 Uhr Sitzung des Zweckverbandes der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam
- 19.07.2018 14.30 Uhr Gedenkveranstaltung zum 74. Todestag Henning von Tresckow im Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow
- 25.07.2018 15.00 Uhr Ludwigsfelder Kaffeeklatsch in Genshagen
- 09.08.2018 18.00 Uhr Bürgerstammtisch in Holbeck



14.05.2018 Besuch der Botschaft der Türkei in Berlin

28.03.2018 Gespräch mit dem ehemaligen Premierminister der Mongolei in Ulan-Bator



Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de